nüllungen eine Bestätigung der chinesischen Verbrechen ins durch das Ekki selbst in Gestalt eines seiner bekannteden Ekkitreuen, soweit die chinesische Frage in Betracht kommt, endgültig das Maul zu stopfen.

in Wutschau, in der Kwang Si-Provinz, werden Kommuisten verhaftet und erschossen, unter dem Vorwand, die
Aktion der Arbeiter desorganisierten während der Nord-Exbedition das Hinterland. Drei Arbeiter insbesondere, welche am
Hongkonger Streik teilgenommen haben, werden erschossen.
Diese Tatsachen wurden von der Gruppe Stalin-Bucharin vor
der Masse der Kommunisten versch wiegen.

Zur gleichen Zeit iordert die Regierung von Kanton, daß
lede Politik aus dem Programm der Bauernbünde gestrichen
werde. Die Presse der KMT. beschuldigt diese Bünde, sie
seien von Banditen gebildet. Vergleiche: "Die Menschenrechte"
Juli 1926: "Die republikanische Zeitung", Leitartikel vom 17Juli 1926 und die Zeitschrift "Dschekua". Diese Tatsachen
wurden von der Gruppe Stalin-Bucharin versch wiegen.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat die Dekrete von Tschlangkaischek vom 6. August versch wiegen. Diese Dekrete
befahlen die Entwaffnung der Arbeiter und bedrohten die
Jenigen, welche ihre Waffen gegen die Söldner der Kapitalisten
gebrauchen würden, mit dem Kriegsgericht.

Im Oktober und November folgt eine neue Welle von
Unterdrückungen. Die Regierung von Kanton begünstigt die
gelben Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen die roten Gewerkschaften und läßt Militär eingreifen.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat die Tatsache versch wiegen, daß eine Abteilung des 26. Regiments der
III. Armee nachts in die Eisenbahnwerkstätten einbrach, das
Feuer auf die Arbeiter eröffnete und sich auf einem Haufen von
Toten und Verwundeten schlafen legte.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat versch wiegen, daß
in Na Tschin Tong das Militär auf, eine Arbeiter- und BauernDemonstration schoß, wobel es 10 Tote gab.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat versch wiegen, daß
in Hunan die Bauern-Organisation zerstört und daß ihr Führer gehängt worden ist.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat versch wiegen, daß

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat verschwiegen, daß ähnliche Tatsachen sich auf dem ganzen Gebiet der Nationalregierung wiederholten.

Die Gruppe Stalin-Bücharin hat nicht vollständig verschwelgen können die Streiks von Kanton und von Wuhan.

Aber sie hat diese Bewegungen nicht ihre wirkliche Bedeutung

hat.

Die Leitung der KMT, wird reorganisiert. Die Kommunisten haben einen ziemlich großen Einfluß im Polit-Büro. Aber die Gruppe Stalin-Bucharin verschweigt die Tatsache, daß die wirkliche Macht durch ein Komitee ausgeübt wird, das die Tagesaufgaben zu erledigen hat, und in welchem der Einfluß der Kommunisten praktisch sehr schwach ist.

Am 13. März 1927 verpflichten sich die chinesischen Kommunisten, die KMT. nicht zu kritisieren.

Ende März 1927, nach der Einnahme von Schanghai, macht Tschiangkaischek eine Lokalitäts- und Disziplin-Erklärung der KMT. gegenüber, um die Vorbereitung seines Staatsstreiches zu vertuschen. Die Gruppe Stalin-Bucharin interpretiert diese Erklärung als einen Beweis dafür, daß man die Zusammenarbeit mit Tschiangkaischek für eine Periode fortsetzen kann.

Zusammenarbeit mit Tschiangkaischek für eine Periode fortsetzen kann.

Am 5. April 1927 unterzeichnet Tschen Du Hsiu, der Sekretär der chinesischen Partei, ein Manifest, welches besagt, daß es zwischen der chinesischen Partei und der KMT. nur in kleinen Detailfragen Differenzen gebe. Die "Prawda" veröffentlicht dieses Manifest, ohne auch nur die geringste Einschränkung zu machen. Die Gruppe Stalin-Bucharin verschießungen von Arbeitern und Bauern sind.

Nach dem Staatsstreich vom 6. April, dem sich die 70 000 Arbeiter durch den Streik widersetzen, veröffentlicht Stalin am 21. April in der "Prawda" Thesen über die chinesische Frage, mittels deren er versucht, unter Verschweigung der vorangegangenen Tatsachen, die bis dahin betriebene Politik zu rechtfertigen. Am 28. April, entgegen den Thesen von Stalin, "bedauert die Linke KMT. in einer Erklärung, daß sie nicht gehandelt hat, als en noch Zeit war" und "bringt deshalb ihr aufrichtiges Bedauern vor."

Aus der Bewegung

redner mit dem Gestammel des gegangen zewordenen Volkskommissar gitcklich zh. Er sagte der Kulakenpartei unverbildhmt dasjenige, was Rath Fischer sich noch micht zu sagen getraute. Er gratulierte die gesamt anwesende KPD-Bezirksleitung zu litrem Oberhaupt Stalin, welcher es sich leisten könne, Hindenbarg zum 80. Geburtstag zu gratulieren, während die gegen diesen monarchistischen Rummel demonstrierenden KPD-Mitglieder den Gummisegen der "Roten Schuopfraktion" einstecken mutten. An den danernden Unterbrechen gen der Bezirksleitungsmitglieder der KPD. komnte man feststellen, daß unser Genosse es verstand, den bezahlten Agenten Stalins die Maske vom Gesicht zu reißen. Als er zum Schlusse seiner Ausführungen rief: "Nieder mit der neukapitalistischen Bonzen- und Kulakenrepublik!", fand er den rasenden Beigil der gesamten anwesenden Proleten.

Nun kam der Obereunuche der Bezirksleitung, Winterich der als Phonograph allgemein bekannt ist. Sein erstert Satzwurde bereits von einigen seiner eigenen Parteigenossen mit den Zwischenruit "Du Idiott" unterbrochen. Auch wurde ihm ab und zu die Nummer der antzulegenden Sprechplatte zugerulen. Aber er sagte, oder besser stammelt tapfer seinen in Köln aus allen Versammhungen und seit Jahren bekannten Breiberunter, und de meisten der Anwesenden sprachen, da is die Walze kannten, die Worte answendig mit. Bezeichnend ist. daß er ein gestellen, und wenn sie ihm in ihrer ehrenbenen. Auch wurde ihm ab und zu die Nummer der antzulegenden Sprechplatte zugerulen. Aber er sagte, oder besser stammelt tapfer seinen in Köln aus allen Versammhungen und seit Jahren bekannten Breiberunter, und die meisten der Anwesenden sprachen, da is die Walze kannten, die Worte answendig mit. Bezeichnend ist. daß er ein gelungen der Schule haben schnel, da ihm wahrscheinlich seine etgenen sexualpattalogischen Erichnisse im hiesigen Kulakenbezirk, wo er als Bezirkst. ... " un amentich in Köln-Stälz in die amtliche Rüffliste eingetragen ist, einfellent habet "heelen möbliche ein ernen sexualpattalogischen Erich

igen feststellen konnten, in diesen Scheinrevolutionären abselts stenen, in diesen Scheinrevolutionären abselts stenen, in diesen Genossen wurde die Lage treffend dadurch gekennzeichnet, daß sie unterschieden:

Die KPD. spielt die Rolle der SPD. im Kriege, die "Linken Kommunisten", ala Ruth Fischer, die Rolle der USP., und die KAP. allein vertritt noch heute die revolutionären Prinzipier des alten Spartakusbundes.

Aus der Parte

Ein politischer Desparado

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist reich an Beispielen, daß ihr Kampf nicht nur ein Kampf gegen den Kapitalismus und den Verrat in den eigenen Reihen ist, sodern auch ein Kampf gegen deklassierte Elemente, die zur Arbeiterbewegung stoßen gegen, Abenteurer und Desparados, die mit dem Kommunismus nichts zu tun haben, die sich aber sehr oft die Sprache des revolutionären Proletariats zu eigen machen, um in der Arbeiterbewegung ihre persönlichen Bestrebungen, sel es Ehrgeiz oder Abenteuerlust, zu verfolgen oder auch die Erreichung persönlicher Vorteile im Auge haben. Die erfolgreiche Abwehr solcher Eindringlinge setzt voraus kritisches Urteilsvermögen der Mitglieder selbst. Wo dieses fehlt, gelingt die Irreführung oft nur allzu leicht, weil jene Elemente es oft sehr geschickt verstehen, sich als die wahren Kämpfer gegen "Verräter" aufzuwerfen, und rückständige Anschauungen für ihre undurchsichtigen Zwecke auszunützen.

In den letzten Monaten wurde auch die KAPD. durch innere Auseinandersetzungen gehemmt, deren Ursprung noch nicht einmal eine prinzipielle Differenz war. Eine rein taktische Frage wurde zum Anlaß genommen, um in einigen Bezirken die Beiträge zu sperren, ja, selbst die Mittel für die politischen Gefangenen, um so mit allen Mitteln den organisatorischen Rahmen zu sprengen. Die aktivste Kraft dieser Zersetzungsarbeit ist ein aus der "Entschiedenen Linken" zur KAPD. gestoßener Kurt Schmidt. In der Partei sowohl als in der AAU, und zuletzt in der Jugend hat er es verstanden, einen Teil auf seine Seite zu bringen.

Aber er ist auch erkannt worden. Genossen des Bezirks Wilmersdorf erkannten in ihm einen im Jahre 1919 aufgetauchten und dann wieder spurlos verscwundenen Schmidt-Brändt, und berichteten uns unter Berufung einwandfreier Zeugen jolgendes:

Kurt Schmidt war 1919 bei der Vorwärtsbesatzung, ist

Was wir verlangen ist, daß alle Genossen, die sich hinreißen lassen — und sei es auch aus talsch verstandener Ehrlichkeit — diesem Desparado sein Spiel zu erleichtern, sich
überlegen, was sie tun. Im Ruhmen der Organisation hat jeder Genosse das Recht, seine Meinung zu vertreten. Die Organisation jedoch darf nie zum Tummelplatz von zweifelhaften
Elementen mit zweifelhafter Vergangenheit und zweifelhaften
Absichten werden. Wir sind bereit, dies hier veröffentlichte
Material vorzulegen, und weisen im voraus den Vorwurf zurück, daß wir mit "schmutzigen" Mitteln eine sachliche Debatte
entscheiden wollten,

Die vom GHA. vorgeschlagene provisorische Tagesordnun

Der GHA. der KAPD.

Kommunistischje 8. Jahrg. Nr. 81

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Berlin, 21. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW.7, Nr. 828 42, Buchhandi. f. Arbeiter-Literatur, Bin. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10, jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Streik in Mitteldeutschland

dem Willen der Gewerkschaften geht. Die Unternehmer und ihr Staat aber halten zusammen. Sie bilden die eine unteilbare Klassenfront, wo es gegen das Proletariat zu kämpfen gilt.

Die Streiks der Berliner Straßenbahner und Hochbahner sind durch die gesetzliche Schlichtungsguillotine gekillt worden. Der Streik der Berliner Brauereiarbeiter wurde auf ähnliche Weise zum Abschluß gebracht. Die Lohner-höhung beträgt 3 Mark pro Woche, also kaum 50 Pfg. pro Tag. Die Berliner Holzarbeiter wurden auf ähnliche Art zur Strecke gebracht. In den übrigen Bergbaurevieren führt die Gewerkschaftsbürokratie gerade jetzt Schiedssprüche herbei. Dazu kommt, daß die Gewerkschaftsbürokratie vergessen hat, hinsichtlich der Arbeitszeit auch nur die bescheidends Forderungen zu stellen.

Hinzu kommt ferner, daß die freien Gewerkschaften is diesem Kampf in einer "Einheitsfront" mit den Spitzen der demokratischen, christlichen und gelben Organisationen marschieren, wodurch, soweit der Wille der Gewerkschaften in Frage kommt, die Gesetzlichkeit im Rahmen der "Demokratie" mehr als garantiert ist.

Bedenkt man weiter, daß, wie der Vorwärts am 18. 10.

meldet, das preußische Handelsministerium mit den Strei-tenden symphatisiert, so charakterisiert sich dieser Streik mmer vom Standpunkt der Gewerkschaftsbürokratie und der parlamentarischen Linksprateien als ein Manöver um die

parlamentarischen Linksprateien als ein Manöver um die kommenden Wahlen vorzubereiten, bei denen die Proleten für 30—60 Pfg. Lohnerhöhung die Statisten spielen dürfen. Die Gewerkschaften haben es nach all den Schandtaten der letzten Wochen und Monate bitter nötig zu "beweisen", daß sie auch in der fündenburgrepublik als stramme gesetzliche Republikaner zu kämpfen und zu "siegen" verstehen Und achen meldet sich der Erfolg in Gestalt einer Nachricht,

Die K. P. D.-Bouzen glauben an ihre eigenen Phrasen nicht. Als sie in Mitteldeutschland den Metallarbeiterverband

den Dißmännern und gaben die "eroberte" Stellung preis.
Für Reformisten und Revolutionäre zusammen ist in den reformistischen Gewerkschaften kein Platz. Deswegen müssen die Revolutionäre ihren eigenen Weg gehen, die Scheinrevolutionäre in der K. P. D. aber sich über kurz oder lang offen zum Reformismus bekennen, um nicht ans der "Einheitsfront" zu fliegen, die sie im Interesse des kapitaistischen Aufbaus in Rußlands eingegangen sind.

Als die Berliner Hochbahner streikten, forderte das Zentralorgan der K. P. D., die Rofe Fahne, die Straßenbahner

fahren. Das ist die proletarische Solidarität der bolsche-wistischen Bürokratie. Im übrigen erhebt die K. P. D. ein großes Geschrei im — Parlament. Die Lademänner in Halle stellen Anträge — im preußischen Landtag.

setzlichkeit mit ihrer Schlichtungs- und Tarifpeitsche. Es ist die einzige Möglichkeit; Kämple zu führen und sie in sieg-

gemeine Arbeiter Union (Union der Betriebsorganisationen) zur Aufgabe und zum Ziele gesetzt. Ihren Kern bilden die in der Kommunistischen Arbeiter-Partei vereinigten revo-lutionären Marxisten.

K. A. P. und A. A. U. werden den Kampf der mittel deutschen Arbeiter mit allen Mitteln auf die revolutionäre Bahn zu leiten suchen. Sie tun das mit jedem Kampf des Proletariats. Sie tun das nicht aus Rechthaberei. Es muß schehen, weil allein der Weg, den Karl Marx und nach ihm Zentralorgan der K. P. D., die Rote Fahne, die Straßenbahner auf, keinen Wagen mehr zu fahren, also doch zu ist, der zum Ziele proletarischer Siege führt.

Der "Fall Rakows

Schon vor einiger Zeit stellte die französische Reg an die russische die Forderung, daß der russische Bot in Paris, Rakowski, von dort abberulen werde. Die ru Reglerung hat diesem Verlangen nachgegeben, nach Regierung hat diesem Verlangen nachgegeben, nachdem si den Versuch gemacht hatte sich jüngferlich zu zieren. D. Umstände, unter denen das Verlangen auf Abbernfung R. kowskis gestellt wurde, das durm und dran der Abbernfung wie insbesondere der Verlauf der voraufgegangenen Verhandlungen und ihre Verknüpfung mit der allgemeinen Politik de Westmächte Rußland gegenüber, sind so interessant, daß si eine ausführlichere Betrachtung lohnen. Das Interessantest Problem über ist auch dier das Verhalten der resulichen Regierung selbst. Der Fall Rakowski selbst ist den bettet jene Verhandlungen wirtschaftlicher und politischer Natur, di sehon selt langer Zeit zwischen Moskau und Parts achwebei in diesem Verhandlungen wirtschaftlicher und politischer Natur, di

Eine solche Auffassung ergibt sich notwendig nits der Tutsache, daß die Regierung Stalins im festen Bundnis mit der
Nephourgeoisie und den Kulaken Neurnflands ateht nod
längst darant verzichtet, diese leistungsfähigen Schichten
auch mit den reformistischen Mittelchen der "gerechten"
Steiterbelastung zum Aufbau der "sozialistischen" industrie
mitheranzuziehen. Dieser Aufbau, verbunden mit der schärfsten "Rationalisterung" nach kapitalistischem Muster vollzieht
sich im Gegenteil allein auf Kosten des russischen Profetariate
und Insbesondere der russischen Industriearbeiterschaft.

Preisgabe auch des letzten Scheins einer Fevolutionalen Phraseologie zugunsten der sogenannten realen politischen Notwendigkeiten, sind die eingangs erwähnten russisch-französischen Verhandlungen mit ihrem grotesken Zwischenspiel, der Rakowski-Affäre. Ueber die Grundlagen und die bislang erzielten Teilergebnisse dieser Verhandlungen berichtet ebenfalls der schon erwähnte Artikel in der Kommunistischen ale. Hier heißt es:

schulden im ganzen Umfang ihres heutigen Wertes anerkennen. Da inzwischen auch in Rußland Inflation und Geldentwertung die früheren Währungsverhältnisse gründlich reduziert haben, so erkennt die russische Regierung, im Verhältnis von heute zu damals gesprochen, die Zarenschulden in ihrem gesamten Umfang an. Mehr würde heute billigerweise auch die Regierung des weißen Zaren nicht tun, falls sie noch am Ruder wäre. Es liegt nicht an der russischen weise auch die Regierung des weißen Zaren nicht tun, falls sie noch am Ruder wäre. Es liegt nicht an der russischen Regierung, wenn die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Das Prinzip jat endgültig preisgegeben. Die Haltung der russischen Regierung in der Frage der Irankorussischen Verhandlungen ist ein neues und wirdiges Glied auf dem, Wege der wirtschaftlichen und politischen Kaptullation der russischen Halbkolome vow den Hachten der internationalen Hochfinanz. Um so grotesker muten die Verzerungen und Luftsprünge an, denen sich die Stallinregierung im Falle Rakowski hingab, um ihre sonstige Kapitulation zu verdecken. Es hat allerdings auch hier damit geendet, daß sich die russische Bourgeolsie vor der französischen auf den sich die russische Bourgeolsie vor der damit geendet, daß sich die russische Bourgeolsie vor der kennen mußte, wie wenig gefährlich die "Opposition "der Trotzkisten Rakowski war. Die russischer Botschafters Herbette is Moskau auf Abberufung Rakowskis mit einer de- und wehmätigen Abbitte. In der entsprechenden Note des Moskauer Außenkommissariats helßt es: "Die Regierung Sowjetrußlands hat dem französischen Botschafter eine Mißbilligung der Kundgebung (Rakowskis d. Red.) ausgesprochen und erklärtp, daß einer ihrer Vertreter auf französischem Gebiet eine Propaganda zum Aufstand und zur Desertion organisieren könne, wo doch auf aufstand und zur Desertion organisieren könne, wo doch

Kampt am die kapitalistischen Märkte geworden. Und mit dem stolken Standounkt der Nichtanerkennung der Vorkrieges einstellen war es einen. Das Prinzip war ig der Praxis der Konzessions- und Kreditverhandlungen langst durchlöchert and wurmstlichig geworden. Aber an dem Prinzip wurde den Prinzip der Prinzip wurde den Prinzip wurden den Prinzip wurden den Prinzip den Prinzip wurden den Prinzip den Prinzip wurden den Prinzip den Prinzip wurden den Prinzip den Prinzip wurden den Prinzip den Pr Zögling den Zuchtmeistern allzu große Schwierigkeiten macht. Die oben erwähnten Rückzugsmanöver der Stalin und Konsorten, die Preisgabe der letzten Errungenschaften der Oktoberrevolution durch eben diese Renegaten auf dem Gebiet

Internationale. Hier heißt es:

"Der franko-sowjetistische Entwurf eines Abkommens bildet prinzipiell nichts Neues. . Zu was verpflichtete sich die Sowjetmacht? . . . Der nominelle Wert der Vorkriegsschulden ist nicht weniger als um 80 Prozent reduziert, weil die alten Papiere sowieso auch ohne die Sowjetgesetzgebung entwertet worden wären, da auch der französische Franken um das fünfache entwertet ist. . Gestützt auf die starke Entwertung des nominellen Wertes war die Sowjetregierung bereit, jährlich 60 Millionen Franken (etwa 22 Millionen Goldrubel) im Laufe von 61 Jahren zu zahlen."

Die russische Rubrik fällt auch der Kampf gegen die russische Opposition.

Rakowski jst ein Oppositioneller. Er gehört zur Trotzki-Sinowjewgruppe. Er hatte anläßlich einer Parteitagung in der auch der revolutionäre Kampf der Soldaten gegen den Krieg, Aufstand, Desertion usw. gefordert wurden. Wie wenig diese Aufforderungen in der Praxis der Stalin und Bucharin wie auch der Trotzki und Sinowjew zu bedeuten haben, zeigte unlängst die Angelegenheit der russischen Opposition.

Rakowski jst ein Oppositioneller. Er gehört zur Trotzki-Sinowjewgruppe. Er hatte anläßlich einer Parteitagung in der auch der revolutionäre Kampf der Soldaten gegen den Krieg, Aufstand, Desertion usw. gefordert wurden. Wie wenig diese Aufforderungen in der Praxis der Stalin und Bucharin wie auch der Trotzki und Sinowjew zu bedeuten haben, zeigte unlängst die Angelegenheit der russischen Opposition. Opposition.

Rakowski jst ein Oppositioneller. Er gehört zur TrotzkiSinowjewgruppe. Er hatte anläßlich einer Parteitagung in
Moskau, an der er teilnahm, eine Erklärung der Opposition,
in der auch der revolutionäre Kampf der Soldaten gegen den

Gehege der Zähne entflohen,
Hier hakte die französische Bourgeoisie ein. Einmal,
um gewissen Wünschen und Forderungen der Deterding Clique
und der großbritannischen Regierung entgegenzukommen, sodann aber, um das große Werk der Reinigung des russischen Bolschewismus auch von dem letzten Schein revolutionärer

Im übrigen diente ihr das Verbleiben Rakowskis zu einer Die oben erwähnten Rückzugsmanöver der Stalin und Konsogten, die Preisgabe der letzten Errungenschaften der Oktoberrevolution durch eben diese Renegaten auf dem Gebiet der Internationalen Politik bedeuten die Liquidierung des Kriegskommunismus auch jenseits der russischen Grenzen. In dieselbe Rubrik fällt auch der Kampf gegen die russische Opposition.

Rakowski ist ein Oppositioneller. Er gehört zur Trotzkisionewigewgruppe. Er hatte anläßlich einer Parteitagung in tätigen" ersetzte Ihr den Appell an das französische Prole-tariat. Damit erweist sich das Verhalten der russischen Regierung im Fall Rakowski als ein Teil ihrer "leninistischen"
Gesamtpolitik. Auch hier speknliert sie scheinbar auf den
"linken" Flügel der Bourgeolsie. Da aber dieses Gebilde gar
nicht mehr existiert, so ist auch dieses Manöver nur der Versuch, unter scheinbarer Aenderung der Methoden dennoch im Schofe der Großbourgeoisie zu landen.

Bei näherem Zusehen ist auch dieser neueste Trick der Stalin und Tschitscherin lediglich ein parlamentarisches Ma-

növer. Wie der schon erwähnte Aufsatz in der Kommuni-stischen Internationale verrät, handelt es sich darum, dem nationalen Block bei den nächstjährigen Wahlen Stimmen zu entziehen und sie dem "Linksblock" zuzuführen — wenn her entziehen und sie dem "Linksblock" zuzuführen — Wenn Herr Poincaré bis dahin nicht vernünftig wird und bereit ist, im Interesse der "französischen Wirtschaft" mit Rußland Ge-schäfte zu machen. Einem ähnlichen Ziele gilt auch die Ge-werkschaftspolitik und "Einheitsfront" der 3. Internationale in England. Das Proletariat ist nur noch Mittel zum Zweck und dieser Zweck ist das kapitalistische Geschäftsinteresse der russischen Bourgeoisie. Das Proletariat wird nicht umhin können, den Poincare, den Baldwin, den Herriot, den Macdonald — und den Stalin davonzujagen, wenn es nicht auf seine, die proletarische Revolution, ein für alle Mal Verzicht zu leisten gewillt ist.

Pür verbindlich erkiärt. Der vom Schlichtungsausschuß Dresden am 28. September 1927 für die Textilindustrie Ostsachsens gefällte Schiedsspruch ist vom Schlichter für den Freistaat Sachsen, für verbindlich erklärt worden. — Die Schiedsspruchdemokratie ist doch eine feine Sache für die Gewerkschaften und die Kapitalisten.

Politische Rundschau

Der Kampf der Gewerkschaften gegen das Proletariat.

Mit welch raffinierten Methoden die Gewerkschaften die mitteldeutschen Bergarbeiter zu isolieren, und die Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Streikbruch zu treiben suchen, zeigt folgende Meldung des "Vorwärts" vom 17. Oktober.

des Ruhrgebiets zum Streikbruch zu treiben suchen, zeigt iolgende Meldung des "Vorwäris" vom 17. Oktober.

Am Sonntag, dem 16. Oktober, fanden im gesamten Ruhrbergbaugebiet zahlreiche, vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands einberufene Mitgliederversammlungen statt. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt:

"Infolge der in letzter Zeit unverantwortlicherweise erfolgten Preissteigerung für einen Tell der im Arbeiterhaushalt benötigten Waren ist die Lebenshaltung der Bergarbeiter schlechter geworden. Kartofieln werden zurzeit zu unverschwinglichen Preisen verkauft. Hinzu kommt der Lohnansfall der von den Werken eingelegten Feierschichten. Die Löhne der Bergarbeiter sind unzureichend und stehen hinter den Löhnen anderer Berufe weit zurück. Die zurzeit geltende Lohnordnung läuft vertraglich bis Ende April nächsten Jahres. Bei den oben gekennzeichneten Verhältnissen kann den Bergarbeitern nicht zugemutet werden, sich mit den jetzigen Löhnen bis Ende April abzufinden. Die Funktionäre halten es für notwendig, daß der Forderung der vier Bergarbeiterverbände auf Erhöhung der Löhne Rechnung getragen wird. Sollten die Unternehmer die Notwendigkeit einer zwischentarifilichen Lohnerhöhung nicht anerkennen, so muß die nächste Möglichkeit zur Vertragslösung ins Auge gefaßt und mit verstärktem Nachdruck erneut die Forderung erhoben werden. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist jedoch die Stärkung der Organisation. An die unorganissierten Bergarbeiter richten deshalb die Funktionäre das dringende Ersuchen, sich unverzüglich dem Bergarbeiterverband anzuschließen. Die Unternehmer rüsten für kommende Kämpfe und von der Stärke ihrer Organisationen wird es abhängen, auf welcher Seite der Erfolg sein wird."

Dieses Dokument verkörpert den Kampf der Gewerkschalten gegen das Proletariat in seiner ganzen abstoßenden Hinterhalitigkeit und Raffiniertheit. Es besagt nämlich nichts weiter, als daß die Ruhrbergleute während des Streiks in Mitteldeutschland feste Streikbrucharpet leisten sollen, weil in ihr Tarif ers

Wie die KPD das Streikrecht erkämpten will

In Chemnitz streiken die Zimmerer. Sie streiken auch, machdem ihnen dies von gerichtsseite verboten worden ist.

Nachdem ein Teil der Arbeitgeber dies Urteil durchgesetzt hatte, machte sich auch die westsächsische Betonindustrie auf den Weg zum Kadi, fiel aber durch.

Möglich, daß die Richter den Bogen nicht auf einmal zu scharf spannen möchten, denn die deutsche Bourgeoisie, feige wie sie ist, zieht es mitunter vor, dem deutschen Proletariat die Daumschrauben langsam, aber desto sieherer anzuziehen.

Interessant ist nur, was die Rote Fahne aus diesem ansnahmsweise gefällten Utteil nacht. Sie stellt es als einen ersten Schrift zur gesetzlichen Erkämpfung des Streik, rechtstat, Es ist also nach der Roten Fahne der Arbeiterschaft möglich, sich auf dem gesetzlichen Wege, sozusagen durch Eroberung der Arbeitsgerichte, langsam, aber sicher das Streik, recht zu sichern.

Die betreffende Notiz in der Roten Fahne zeigt, wenn auch in versteckter Formulierung, wie welt diese parlamehtarische Partel auf ihrem Wege zum Reformismus bereits gelangt ist. — Die Notiz lautet (R. F. 16. Oktober):

gelangt ist. — Die Notiz lautet (R. F. 16. Oktober):

"Bekanntlich hat das Chemnitzer Arbeitsgericht am
"Sonnabend, den 8. Oktober, den dortigen Zimmerern das

Weiterstreiken unter Androhung von Geld- und Gefängnisstrasen "verboten". Die streikenden Zimmerer in Chemnitz haben diesen Streikrechtsraub der Klassenjustiz beantwortet mit einer Verschärfung und Ausdehnung des Kampses. Nunmehr hat, durch den Erfolg der einzelnen Chemnitzer Bauunternehmer angespornt, der Beton-Arbeitgeberverband, Bezirksgruppe Westsachsen, ebensalls Schadenersatzklage gegen den Chemnitzer Zimmererverband beim Amtsgericht angestrengt. In den am Fretiag stattgefundenen Verhandlungen wurde jedoch bezeichnenderweise die Klage des Arbeitgeberverbandes kostenpflichtig abgewiesen. Begründet wird zwar dieses Urteil nicht mit der verlassungsmäßig lestgelegten Koalitiousfreiheit der Arbeiter, sondern das Gericht führt dafür eine ganze Reihe formaler Gründe ins Feld., der Arbeitgeberverband wäre in diesem Falle nicht klageberechtigt, sondern nur die einzelnen Unternehmer; außerdem wäre die Höhe der von ihm genannten Schadenersatzforderung nicht genügend begründet usw.

Diese formale Begründung wurde von dem Arbeitsgericht nur angewandt, um den wirklichen und tatsächlichen Grund seines Urteils nicht zu nennen. Das ist nämlich die entschlössene Abwehraktion der Zimmerer selbst. Dadurch, daß sie allen Schiedssprüchen und Gerichtsurteilen zum Trotz den Kampf nicht nur fortsetzen, sondern auch verschärften und verbreiterten, hielt es das Klassengericht zweifellos für geboten, einen Pflock zurückzustecken und nicht durch ein neues Urteil gegen das Streikrecht Oel in das Feuer zu gießen und den Widerstand der Arbeiter zu verschärfen. Gewiß ist dieses Urteil noch längst keine Amerkennung des Streikrechts, aber es ist Iragios ein Zurückweichen vor der Macht des Proletariats. Eine nützliche Lehre für die gesamte deutsche Arbeiterschaft."

Die deutsche Arbeiterschaft wird aus der Politik der KPD, dereinst die Lehren ziehen. Allerdings dürfte das Ergebnis erheblich anders ausfallen, wie die Rote Fahne holft.

Wer waren die Mörder? Vertrauensmännerwahlen der österreichischen Wehr-

Vertrauensmännerwahlen der österreichischen Wehrmacht. — Rahdglossen zum Jull-Aufstand.

Nach den beispiellosen Mordtaten der österreichischen Soldateska gegen die aufständischen Wiener Arbeiter versuchte die Sozialdemokratie die Schuld von sich ab und auf andere zu wälzen, auf die "Reaktion". Es ist dies nur zu erklärlich, denn die in Wien regierende Sozialdemokratie konnte nicht, wie die Noskiten 1919 in Deutschland, die Aufständischen als Verbrecher hinstellen. Die Wiener Julirebellen waren größtenteils sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Ihnen mußte weiß gemacht werden, daß die Mörder der "Reaktion" angehören. Das stimmt. Diese Reaktion, das ist die Sozialdemokratie! Der "Vorwärts" (Nr. 490) läßt sich über die am 15. Oktober 1927 in Oesterreich stattgefundenen Soldatenwahlen aus Wien melden:

Wien, 15. Oktober, (Eigenbericht.) "Bei den heutigen Vertrauensmännerwahlen der Wehrmacht erhielt der der Sozialdemokratie nahestebende Wehrverband diesmal nur 120 Mandate gegen 202 im Vorjahr, während die christlichsoziale Mandatszahl um 54 ahf 132, die deutschnationale von zwei auf sieben stieg. Der Erfolg der Gegner ist nur zu m Teil auf einen Rückgang der sozialistischen Stimmen zurückzuführen. Diese blieben mit 9200 (gegen 11 000 im Vorjahr) die Dreifünftelmehrheit aller abgegebenen Stimmen. Die Gelben (Christlich-sozialen) brachten es auf 6500, die Deutschnationalen auf 600 Stimmen. Das Milfverhältnis zwischen Stimmen- und Mandatszahl erklärt sich daraus, daß jede Kompagnie ohne Rücksicht auf ihre Stärke (20 bis 100 Mann), je zwei Vertrauensmänner wählt. So gelang es, eine christlichsoziale "Mehrhelt" Züsammenzuschleben.

Also trotz des enormen Stimmrückganges sind noch heute drei Fünftel der österreichischen Soldateska Sozialdemokraten. Der "der Sozialdemokratie nahestehende Wehrverband" ist eine sozialdemokratische Gewerkschaft und ist als "Freie Organisation der Sicherheitswachbe a m.ten" bis beute der sozialdemokratischen Gew schaftskommission angeschlossen. Diese famose Gew schaftskommission, wenigstens dech ihre Spitze, tagte v rend der Juli-Massakers ihrer Gewerkschaftskollegen und

Marat lebt in dieser Zeit in London, als darbender Gedehrter. Er ist nach England geflüchtet. Er führt hier das Leben eines kleinen Emigranten. Bevor er auf die Britischen Inseln kam, hat er ganz Europa bereist, war in Wien, Berlin, Amsterdam, er ist als armer Mann in der schlechtesten Postkutsche gefahren, hat seine Reisen zwanzigmal unterbrechen müssen, das Elend gefühlt mit derselben Genanigkeit und

Ein Schanddokument

Wir entnehmen der F. d. K. folgende interessante
Der Zentralverband der Roten Hilfe, gez. Wilh. Pies
Vorsitzender, hat eine Petition "an die Mitglieder des Rotens und der Landtage" gerichtet. worin die Herren Abg
neten, soweit es ihre "iberans bemossene Zeit" erlaube
beten werden, sich für eine Vollamnestie für die politis
Gefangenen einzusetzen.

Beruhigt euch, Bourzeois! Der Zentralvorstand der Roten Hille garantiert auch im Schriftstil eines Winkeladvokaten — die "Erregungen des Bürgerkriegs" sind "Jängst vorbel" Holfeutlich endgültig vorbel, meinen die Bauchrutscher vor demburgerlichen Parlament. "Unkontrolliert durch eine höhere Instanz." seien die Urteile gefällt. Wenn Wort Sinn haben sollen, so in vorliegtendem Faile den: zu den bayrischen Ausanahme- und Standgerichten haben wir kein Vertrauen — aber zu einen höheren instanz. Erwa zum Reichsgericht?

Doch wohl nicht, denn der Zentralvorstand der Roten Hille jammert:

"Die Judikatur des Reichsgerichts verfolgt die Propaganda lür eine legale zu allen Parlamenten zugelassene Partel.

Diese Rechtsprechung steht nicht im Einklang mit der Reichsverfassung (!).

"eine solche Ansnahmejustiz steht in keinem Eintlang mit dem Wortlamt und Wilfen (!) der Verfassung, und daß es Aufgabe der Parlamente ist, hierin durch den Erlaß von Ammestleverordnungen diese Ungeheuerlichkeiten zu beseitigen, bedarf keiner Erörterung (!).

Und daher zum Schluß:

Auch die gesamte bergerliche Presse (!) hat häufig genug schon das Verlangen gestellt, daß endlich einmal ein Stricht gemacht werden solle unter iene weit zurückliegenden De litkte (!).

Wenn ein proletarischer Klassenkämpfer von einem bürgerlichen Advokaten in diesen Worten ("Dellikte") vor den Schranken der Klassenjustiz verteiligt würde, so wäre sicher in 99 von 100 Fällen die Empörung über ein solch erbärmliches Gewinsel, das obendrein eine "Schuld" des Angeklagten zugibt, so groß, daß der Verteiliger abtreten mißte.

Der Verfassungsschützer Pieck jedoch, der den "Willen" der Weimarer Verfassungsmacher zur deuten weiß, verfälscht revolutionäre Taten in "Delikte" und tritt in brechreizerwirkender Servillität vor der Bourgeoisle den Nachweis an, daß die heutige KPD. eine brave, legale, auf dem Boden der kapitälistischen Verfassung siehende Parle ist, die doch zu "allen Parlamenten zugelassen" ist und der es daranf ankomnt, die Rechtsprechung, in Einklang zu bringen m

Die Arbeitslosigkeit steigt

Wir entnehmen dem Vorwärts folgende Notiz: Rücksching auf dem Berliner Arbeitsmarkt?
Rund 2800 mehr Arbeitsuchende. — Vorübergebende
tung nicht unwahrscheinlich.

Aus der Partel

Bezirkskonferenz Rheinland - Westlate

Am 15. Oktober fand in Düsseldorf eine Parteil der KAPD, am 16. Oktober eine kombinierte Bezirkst der AAU und KAPD statt. Es waren 10 Parteigrau 13 Ortsgruppen der AAU vertreten; sowie je ein des Reichsausschusses der AAU und KAPD.

des Reichsausschusses der AAU und KAPD.

Es kann mit Genugtung konstatiert werden, daß es im Ruhrgebiet wieder vorwärts geht. Die Zusammenkunft der Delegierten beider Organisationen war getragen von dem ernsten Willen zu positiver Arbeit. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Reierat über die politische Lage und Aufgaben beider Organisationen, was in der Diskussion ergänzt, und somit die Plattform für zukünftige Arbeit abgab. Es hielt sich im Rahmen folgender einstimmis angenommener Resolution.

Resolution.

Jean Paul Maret

Frankreich hatte jahrhundertelang schweigen müssen. Die

eure Zeit mit diesem lächerlichen Berufe zu vergeuden, sam-melt doch lieber auf den öffentlichen Plätzen die Pariser, stellt euch an ihre Spitze und geht vor die gesetzgebende Versamm-lung, die das Gut der Armen für die Ausgaben des Staates beschlagnahmt

Jean Paul Marat hatte recht, als er sich mit seinen Koliegen von der Feder nicht messen wollte, als er sie von oben herab behandelte und mit der Rute schulmeisterte. Marat war unter ihnen der älteste, in Boudey (in der Schweiz) geboren, zählte er, als man die Bastille stürmte, 43 Jahre. Seine Kollegen hingegen waren alle blutjung. Camille Desmoulins, der

der Ungläubige und Rousseau der Eiferer. Jahrhunderté hin-durch war die Bibel das Buch gewesen, ans dem die revo-lutionären Reformatoren ihre Argumente bezogen. Rousseau blieb dieser Tradition treu.

Jean Paul Marat schloß sich lange vor der Revolution der Kritik Rousseaus an. Mit 18 Jahren hatte er die "Neue Heloise" gelesen die das Buch seines Lebens blieb, und als Neunzehnjähriger schrieb er, ganz unterdem Eindruck dieser keuschen Blätter, einen noch keuscheren Roman. Marat nannte sie Schwindler und Gauner, und seine Wut richtete sich ganz besonders gegen Voltaire. Philosophisch war Marat weit hinter den Enzyklopädisten, ein Feind des Materialismus, ein Schüler Descartes, ein Gottgläubiger. Auf seinem Tisch lag immer die offene Bibel, und er pflegte mit Inbrunst zu sagen: "Die Revolution ist ganz in den Evangellen. Nirgends wurde die Volkssache so energisch verlochten, nirgends die Reichen, Mächtigen, so verwünscht, Marat war Physiker und Arzt. Aber auch in den exakten Wissenschaften waren ihm die mathematischen Formeln nicht so wichtig, wie die Politik, d. h. wie die Tugend, die die damalige ideologie des Radikalismus bildete. Er polemisiert gegen die Physiker, Naturwissenschaftler und Philosophen, will Voltaire anklagen und meint, daß die mit einer schwächlichen Konstitution Belasteten nicht zur Tiefe der Idee gelangen können. Sein hauptsächlich philosophisches Buch erscheint im Jahre 1777 und trägt den Titel: "Ueber den Menschen oder über die Prinzipien und Gesetze, über die Betenflussung der Seelen durch den Körper und des Körpers durch die Seele." Beitserkenswert ist in diesem Buche nur die Schärfe der Sprache, der Angriff und die Polemik, die Verund Mißachtung aller Autoritäten, das Werbende undWarme seiner Sprache. Voltaire schreibt eine witzige Antwort, er meint Marat sein ein Harlekin, der Purzelbänme schlage um dem Parterre zu gefallen.

Voltaire hat nämlich etnen Orchesterplatz im Leben. Er schreibt für Fürsten und Könige, er ist das geistige Zuntrum der Epoche, er gehört als Ganzes zum zuten Tom, seine Sprache ist der Jargon aller Saious, er lebt als Grandseigneur in seinem Schloß bei Ferney, ist beinahe selbst ein Landesvater, schreibt philosophische Briefe, vergillt aber dabel nie, daß er d

Wo steht die Partel? (Zur kommenden Zentralausschuß-Sitzung.)

Mögen wehleidige Gemüter darüber klagen, daß die Partei gegenwärtig wiederum von heftigen Auseinandersetzungen um ihre Marschroute erfüllt ist, mögen Tradition und organisatorische Beschränktheit hier den Ruf nach einem gerrechten Frieden erheben, dennoch muß die Partei auch diesmal die, durch eine an sich belanglose Angelegenheit zur Dehatte gestellten wichtigen Fragen unbarnherzig auskämpfen und sie wird aufs neue gerüstet sein, wenn sie die Lehren dieser Differenzen ihrer ferneren Praxis wirklich dienstbar macht. Da ist nun znnächst einmal deutlich geworden, daß die Liquidlerung der "Entschledenen Linken" nicht als einmaliger Akt einfach über anfeuernde Parolen und einstimmige Beschlüsse schon erfedigt werden konnte. Gerade weil durch den Ablauf der E.L.-Angelegenheit der Partei ihre Handlungsweise zum Schluß aufgezwungen war, mußte um so klarer vor ihren Augen stehen, daß die Vereinigung zweier ihrer Herlunft nach so verschiedenen Arbeitergruppen unvermeidlich und solange Rückschläge zeitigen wird, bis die wirkliche Einheit der Organisation wieder ausgekämpft ist. Deshalb darf die Partei die gegenwärtigen Streitfragen nicht unter dem Gesichtspunkt sehen, daß die gemeinsame Arbeit mit der E. L. anstatt zur Verbreiterung der Basis der Partei zum Schaden Gesichtspunkt sehen, daß die gemeinsame Arbeit mit der E. L. anstatt zur Verbreiterung der Basis der Partei zum Schaden derselben geworden ist""). Mehr noch als die Notwendigkeit nehe Kämpfer für die Revolution zu werben, muß uns gerade jetzt das Bewußtsein gelten, daß wir in der Krise der Komintern auf dem Posten waren, daß die Partei nach jahreninger Isolation in der Frage der E. L. endlich wieder das Gesicht der Arbeiterklasse zugewandt hat und daß die hier Entfaltung gekommene Stoßkraft für die Zukunft verloren gehen, daß die Organisation in frühere Positionen zurückfallen wird, wenn die Angst vor dem Bolschewisnus wie eine Farcht vor der Pest unsere Richtschmur werden soll.

Weil die Partei zu weiteren Kämpfen rüsten muß, um anschalben Dillerenzen nicht d

iene "marxistische" Kombinatiou, die den revolutionären Antiparlamentarismus mit einer fatalistisch-außermenschlichen Vorstellung von der Todeskrise verknüpft und zur Wurzel einer Art ethischen Antiparlamentarismus wird. Umgekehrt aber ist der revolutionäre Vortrupp gezwungen, die Entwicklung dieses monopolistischen Kapitalismus immer wieder im einzelnen aufzuzeigen und die Arbeitermassen so im Kampf um das Leben für aktiven Antiparlamentarismus mobil zu machen. Hier tauchen dann verschiedene Fragen auf, deren Zweckmäßigkeit allerdings von anderer Art ist als das Wort letzt bei uns einen Sinn erhalten hat.

Die Verteidigung des GHA. sieht die parlamentarische Konterrevolution im wesentlichen nicht in der Korruptionsgefahr für den Abgeordneten, sondern in der Answirkung des Wahlbetriebs und der parlamentarischen Betätigung auf die Ideologie der Massen und das Wesen der Partel. Während die "Opposition" als politische Unschuld auf diese Argumentation nur die kndliche Antwort weiß, daß ein Fall, wo ein Parlamentarier nicht korrumpiert wird, natürlich nicht ausgeschlossen sei. Sie begreift nicht, daß die richtige Argumentation des GHA. ebenfalls "primitiv" bleiben muß, wenn dem Klassenkampf nicht zugleich ganz konkrete Aufgaben gestellt werden. Der entscheidende Gesichtspunkt des revolutionären Antiparlamentarismus besteht darin, daß der Massenkampf gegen das monopolistische Kapital und seine demokratischen Trabanten die alten organisatorischen Bindungen der Arbeiterklasse zerbrechen muß, damit die freigesetzte Energie sich in proletarischer Kampformation als revolutionärer Wille und marxistische Erkenntnis ständig zu reproduzieren vermag. Deshalb reicht die Begründung des GHA. gegen den leninistischen Vorwurf des Antiparlamentarismis aus Angst nicht aus.

Lenin bezeichnet die Frage nach dem Verhältuis von Massen und Führer als "linke Kinderkrankheit". Lenin verriritt — wie Rosa Luxemburg treffend segt — den sterfie

- 4. Verschiedenes.

Bezirkskonferenz K. A. P. Ruhrgeblet.

Am Sonntag, den 6. November 1927, vormittags, 9 Uhr, findet in Essen im Lokal Seidenstücker, Segerothstr. 63 eine Bezirkskonferenz für das Ruhrgebiet statt.

Bericht von der Zentral-Ausschüß-Sitzung.

2. Unsere Aufgaben im Ruhrgebiet. 3. Verschiedenes.

Delegierte müssen einen Ausweis von ihrer Ortsgruppe. Gäste haben ihre Mitgliedskarten mitzubringen. K. A. P. D. Bezirk Ruhrgebiet.

Groß-Berlin. Alle Unions und Parteigenossen und Genossinnen sowie Jugend treffeen sich zur "Wanderfahrt" am Sonntag, den 23. Oktober, 6 Uhr morgens — Gesundbrunnen — Fahrkartenschalter. Sountagsrückfahrkarte bis Eberswalde, 1, 90 Mark... Rückfahrt von Melchow.

Bestellschein

Kommunistische "Arbeiter-Zeitung" the state of

(Vor- und Zaname)

(Wohnort and Straße)

Romming History Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 24. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkento: Berlin NW.7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bin. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Der Jubiläums-Rummel Soc. Geschiedents beginnt!

Die ersten Reden und Kundgebungen in Stallnrußland

Einer der ersten, der solches vollbrachte, war Herr Rykow, der Writschafts- und Nepminister besagter Republik. Herr Rykow gab sich eigentlich nicht allzuviel Mühe. Er log nur in einigen Punkten dann allerdings gründlich. Der Kern seinet Rede war auf Konzessionen und Kreditpolitik einstestellt. Herr Rykow bemühte sich mit allen Kräften, den Bankiers der kapitalistischen Länder zu beweisen, daß ihre Kapitalisanlagen nirgends besser als bei ihm geborgen seien. Mit einer Handbewegung zerstötte wie vorher Wotoschilow, Stalin und andere schon den Schwindel, als ob der "drolende Krieg", von dem die Bolschewistische Presse Europas nun schon seit Jahren lebt, von heute auf morgen über die Stalinrepublik bereinbrechen könnte. Es sei nicht möglich, heute den Zeitpunkt des Ueberfalls auf die Sowietunion vorauszüschen" sagte dieser revohutionäre Pazifist wörtlich. Und fährt fört: "Bedenten de Aussichten für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes der Sowietunion um eine friedliche Ruhepanse bestehen insofern, als nicht alle kapitalistischen Länder aus einem Kriege mit der Sowietunion Nutzenziehen wirden. Mehrere von ihnen würden vielmehr im Falle einer bürgerlichen Restanration (d. Red.!) verlieren." (Rots Falme, 18. Oktober 1927). Herr Rykow singt also mittelbar ein Löblied auf die bürgerliche Demokratie. Er vandelt hierbei auf den Souren des Herrn Kalinin, Präsidenten des russischen Bauernstaates von heute, der schon vor längerer Zeit bürgerlichen Berichterstattern gegenüber aussprach, daß auch die Form der Rute zerstört werden wirde, falls sie sich als nicht mehr zweckmäßig erweise, litrem Inhalt nach haben diese "Sowiets" mit proletarischer Diktatur achon beute nicht mehr das Geringstte zu tun.

Die sonaldemokratischen "Arbeiter"delegationen werden solche "Inbiläumston" – auschälgen. Und hinter diesen siehen die nicht mehr das Geringste zu tun.

Bergarbeiter!

Auf zum revolutionären Kampf gegen die Schlichtungsdiktaturi

Mitteldentsche Braunkohlenarbeiter! Seit dem 17. Oktober streikt ihr, um eure Schwerstarbeiter-Hungerlöhne um 80 Pfg. pro Schicht zu erhöhen, — um eine "Lohnzulage", deren realer Wert durch die jetzige Teuerungswelle schon aufgefressen wird, ehe eure Forderung erfüllt ist. Die Gewerkschaftsinstanzen mußten wohl oder übel die Streikparole herausgeben, nachdem all ihr Kuhhandel mit den Kohlenkönigen resultatios blieb.

Ihr seid stolz auf eure "Einheitstront", d. h. daß die gelbsüchtigen Christlichen und Hirsch-Dunterschen mit den "freien" Gewerkschaften an einem Strang ziehen.

Zschernowitz, der Leunawerke isw. Die Folge dieser gewerkschaftlichen Nadelstichtaktik ist, daß ihr selbst die Voraussetzungen für eure Kapitulation schafft, wie seinerzeit die englischen Bergarbeiter.

Euer Kampf ist auch deswegen solange keine Durche schlagskraft, wie ihr euch an die Illusion des greinwirtschaftlichen Streiks klammert. Seht auf eure Ausbeuter und lernt an ihrer Kampftaktik. Die Kohlenkönige betrachten den mitteldeutschen Streik als eine Machtfrage, und die gesamte Bourgeoisie steht hinter ihnen und mobilisiert ihre Klassengewalt gegen die Streikenden. Bereits am ersten Streiktage sind im Grubenbezirk Welßeniels besondere Schatzpolizei-Abteilungen eingerückt, um wie 1921 zur brutalsten Niederknippelung der rebellierenden Proletarier bereit zu stehen! Das Eingreifen der kapitalistischen Staatsgewalt allein schon stempelt euren Streik zu einem Machtkampf, treibt ihn ins politische Fahrwasser! tische Fahrwasser!

vorzugehen, um so mit dem Schwerte des revolution Klassenkamples die Kapitalistenklasse und ihre stan Mächtorganisation anzugreifen! Ihr steht auf Befe Gewerkschaiten Gewehr bei Fuß — und seid de politisch ohnmächtig gegenüber euren allen Mitteln kämplenden Ausbeutern.

Streikende Braunkohlenarbeiter! Ener Kampf

greifen, was auf der Tage

greifen, was auf der Tagesordnung steht:
Entweder immer neue Hungerschiedssprüche nur Sklavenverträge — oder revolutionirer Kampi gegen die Löhnkuechtschaft — oder durch die von revolutionirer System der Ausbeutung!

System der Ausbeutung!

Entweder durch Tarlipolitik zur Verewigung der Aktionsausschüssen getragene Klassenpolitik zur Spreagung der kapitalistischen Fesseln!

Entweder mit den Berufsgewerkschniten leben dies lich ins wirtschaftsdemokrafische Zuchthaus der Schlichtungdiktatur oder mit der proletarischen Klassenkampiorganisation der Allgemielnen Arbeiter-Union vorwärts zur revolutionären Massenaktion gegen die Kapitalistenbrut?

Herr Rykow klagt beweglich: "Der auswärtige Hande der Sowjettinion zeigt keine genügende Entwickinng die Industrialisierung der Sowjettinion erfordert einen größtmög lichen Ausban der Beziehungen zum Auslande". Und dam die große Absage, die revolutionäre Betätigung, die offiziellste Anerkennung der kapitalistischen Ordnung, durch den Vorsitzenden des Rates der Volukommissare. Herr Rykow kleidet sie in folgende Worte: Das gezuwürtige Interationale Krälteverhältes macht ein Nebendam berbesteisen des sozialistischen und kapitalistischen Systems geschkaften geverneit lich. Und er zicht daraus sogielch die praktischen Schlußfolgerungen, denn er sagt: "Die Hauptanfgaße der Sowiefpolitik in den letzten Jahren und auch heute ist die Sieherung der Möglichkeit eines friedlichen Aufbau. "Die Sowjetunion ist in keinem Maße an einem Kriege interessiert (also auch

Was nun die Lürch und Verschielerungen hinsichtlich der "sozialistischen" Wirtschaftspolitik im Innern Rollands in der Rede des Herrn Rykow betrifft, so sind sie leicht zu entschielern und zu widerlegen. Sie werdert nicht wahrer dadirch, daß sich ähnliche Lürch und Entstellungen in den sonst noch verliegenden Jubilianns-Kundgebenenn wie den Hauffest ist in keinem Male an einem Kriege interessiert (also auch au enem revolutionären nicht. D. Red.) Und das trotz Wien, trotz des englischen Generalstreiks, des iltanischen Anistandes an den Grenzen der russischen Ropublik und der wechselnden Gärung im internationalen Proletariat. Rykow bekennt sich abentalls vorlinden.